

Niemand hat die Absicht, einen Aufsatz zu zensieren.

Archäologie, Politik und Zensur im Zusammenhang mit der Ausstellung „Roads of Arabia. Archäologische Schätze aus Saudi-Arabien“

Stefan Maneval

Berlin Graduate School of Muslim Cultures and Societies, Freie Universität Berlin

Zitiervorschlag

Stefan Maneval. 2014. Niemand hat die Absicht, einen Aufsatz zu zensieren. Forum Kritische Archäologie 3: 1-10.

URI http://www.kritischearchaeologie.de/repositorium/fka/2014_3_01_Maneval.pdf

DOI 10.6105/journal.fka.2014.3.1

ISSN 2194-346X



Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung) International. Sie erlaubt den Download und die Weiterverteilung des Werkes / Inhaltes unter Nennung des Namens des Autors, jedoch keinerlei Bearbeitung oder kommerzielle Nutzung.

Weitere Informationen zu der Lizenz finden Sie unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>.

Niemand hat die Absicht, einen Aufsatz zu zensieren.

Archäologie, Politik und Zensur im Zusammenhang mit der Ausstellung „Roads of Arabia. Archäologische Schätze aus Saudi-Arabien“

Stefan Maneval

maneval@bgsmcs.fu-berlin.de, Berlin Graduate School of Muslim Cultures and Societies, Freie Universität Berlin

Zusammenfassung

Am Beispiel der Berliner Ausstellung „Roads of Arabia. Archäologische Schätze aus Saudi-Arabien“ (Musuem für Islamische Kunst, Frühjahr 2012) diskutiert dieser Essay die Verbindung von archäologischer Wissensvermittlung mit politischen Zielen. Ausgehend von der Zensur eines Aufsatzes für den Ausstellungskatalog durch die saudische Generalbehörde für Tourismus und Altertümer erörtere ich, inwiefern die Ausstellung einen Beitrag zum Machterhalt des saudischen Königshauses lieferte. Der Essay nimmt Bezug auf öffentliche Debatten über die Zusammenarbeit deutscher Kulturinstitutionen mit autoritären Staaten und fragt nach den Konsequenzen, die aus dem Vorfall für vergleichbare zukünftige Kooperationen zu ziehen sind. Mein Vorschlag in dieser Hinsicht lautet, dass sich kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen über die forschungsethischen Grundlagen der Kooperation mit Institutionen autoritärer Staaten verständigen sollten, um Bedingungen und Grenzen der Zusammenarbeit zu formulieren.

Abstract

This essay deals with the connection between knowledge transfer and politics in archaeology, taking the exhibition “Roads of Arabia: Archaeological treasures from Saudi-Arabia” as an example. The exhibition was shown in the Museum for Islamic Art in Berlin in spring 2012. Based upon the censorship of an article for the exhibition catalogue through the Saudi Commission for Tourism and Antiquities, I argue that the exhibition was used in various ways as a means to stabilize Saudi rule. The essay refers to recent public debates about the cooperation of German cultural institutions with authoritarian regimes and discusses the consequences that should be drawn for future cooperations. I conclude with the suggestion to initiate a dialogue on the ethical principles of international cultural and research collaboration in order to formulate conditions and boundaries of cooperation.

I. Ein Ereignis

Vom 26. Januar bis 9. April 2012 war im Museum für Islamische Kunst Berlin die Ausstellung „Roads of Arabia. Archäologische Schätze aus Saudi-Arabien“ zu sehen. Der Kern der Ausstellung, die einen Zeitraum von der Jungsteinzeit bis zum 20. Jahrhundert abdeckte, war von saudischen und französischen ArchäologInnen für den Pariser Louvre konzipiert worden (Al-Ghabban et al. 2010) und von dort bereits nach Barcelona und Sankt Petersburg gereist. Die Berliner Ausstellung ergänzte den Grundbestandteil der Exponate mit zahlreichen Objekten aus Berliner Sammlungen beziehungsweise aus Ausgrabungen von Berliner Archäologinnen und Archäologen. Die meisten Exponate waren vorher noch nie außerhalb von Saudi-Arabien zu sehen gewesen.

Begleitet wurde die Ausstellung von einem Katalog, der gemeinsam vom Museum für Islamische Kunst und der saudischen Generalbehörde für Tourismus und Altertümer (im folgenden vereinfachend Antikenbehörde genannt) in deutscher und englischer Sprache herausgegeben wurde (Franke et al. 2011). Der saudische Mitherausgeber verweigerte das Einverständnis zu einem Katalogbeitrag über den Staatsbildungsprozess und die jüngere Geschichte Saudi-Arabiens. Bei dem betroffenen Beitrag handelte es sich um einen knappen historischen Überblick von der Eroberung des späteren Staatsgebiets Saudi-Arabiens unter der Führung Abdulaziz ibn Sauds (auch bekannt als Ibn Saud), der 1932 das Königreich Saudi-Arabien ausrief, bis zur Gegenwart. Dass die saudische Antikenbehörde ihre Mitherausgeberschaft dazu nutzte, eine unerwünschte politische Meinung in der in Deutschland erscheinenden Publikation zu unterdrücken, überraschte insofern, als die im Aufsatz enthaltene Kritik nicht über die Darstellungsweise gängiger Publikationen zur Landesgeschichte hinaus reichte¹. Allerdings handelt es sich dabei um ausländische Veröffentlichungen, die in Saudi-Arabien nicht auf dem regulären Buchmarkt erhältlich sind, während der Ausstellungskatalog in Saudi-Arabien verbreitet wurde.

Da dieser Verstoß gegen die Prinzipien der freien Wissenschaft aus dem Katalog nicht eindeutig hervorgehen würde, zog ich meinen eigenen Beitrag zur Stadtgeschichte Jiddahs zurück und entschied

mich dafür, den Vorfall öffentlich zu machen. Das Ergebnis dieser Entscheidung ist der vorliegende Essay, mit dem folgende Absichten verfolgt werden. Zum einen soll der Vorfall dokumentiert werden, damit er nicht in Vergessenheit gerät. Zum anderen soll der Zusammenhang zwischen archäologischer Wissensproduktion und -vermittlung einerseits und Politik andererseits ins Bewusstsein gerufen werden. Jede Deutung archäologischer oder, allgemeiner gesprochen, historischer Befunde ist von teils bewussten, teils unhinterfragten ideologischen Grundannahmen durchdrungen und besitzt somit eine politische Dimension. Die Zensur des Artikels für den Ausstellungskatalog zeugt davon, dass die Darstellung der Vergangenheit von entscheidender Bedeutung für die politischen Verhältnisse in der Gegenwart sein kann. Im vorliegenden Essay geht es um einen besonderen Aspekt des Politischen, nämlich um den Machterhalt eines autoritären Regimes. Ich möchte anhand einiger Beispiele darlegen, wie der saudische Staat die archäologische Ausstellung auf unterschiedliche Weisen dazu nutzte, die Herrschaftsverhältnisse im Königreich Saudi-Arabien zu festigen. Darum gehe ich nicht nur auf die Aufsatz-Zensur ein, sondern auch auf die Sponsorsituation und das Rahmenprogramm, auf einen Raum der Ausstellung, der dem Gründer des saudischen Königreichs gewidmet war, und auf den Ersatz des zensierten Beitrags durch den Aufsatz eines saudischen Historikers. Anknüpfend an öffentliche Kontroversen um die Grenzen der Kooperation mit autoritären Staaten im kulturellen Bereich, schließt der Essay mit dem Vorschlag ab, zukünftig größere Klarheit über die Rahmenbedingungen derartiger Zusammenarbeit herzustellen, beispielsweise in Form eines Richtlinienpapiers.

Die Namen derjenigen, die unmittelbar an den Auseinandersetzungen um den zensierten Text beteiligt waren, einschließlich des Autors/der Autorin des Beitrags - eine Person, die im Folgenden als „Autor A.“ bezeichnet werden soll -, werden im Essay nicht genannt, um die Aufmerksamkeit auf den Vorfall als solchen zu richten. Ich selbst war in der Organisation der Ausstellung geringfügig involviert, indem ich für einen Themenraum über aktuelle Berliner Forschungsprojekte zur Geschichte der arabischen Halbinsel eine Auswahl historischer und zeitgenössischer Fotografien aus Jiddah zusammenstellte und kommentierte. Dazu nahm ich an einigen Vorbereitungstreffen teil. Im Zuge der Aufsatz-Zensur führte ich zahlreiche Gespräche mit Autor A. und mit den

1 Die wichtigsten zitierten Referenzwerke im zensierten Aufsatz sind Vassiliev (2000); Steinberg (2002); ders. (2004); Ibrahim (2006); Commins (2009).

Entscheidungsträgern im Museum für Islamische Kunst.

II. Ein Dilemma

Sollten deutsche Museen und Forschungseinrichtungen bei Ausstellungsprojekten mit autoritären Staaten kooperieren oder lieber auf eine Zusammenarbeit verzichten? Diese Frage wurde in den vergangenen Jahren wiederholt in den Medien diskutiert. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet etwa die am 1. April 2011 im chinesischen Nationalmuseum eröffnete Ausstellung zur „Kunst der Aufklärung“, die vom Auswärtigen Amt der BRD mit rund zehn Millionen Euro großzügig mitfinanziert und aus Berliner, Münchner und Dresdner Museumsbeständen zusammengestellt wurde. Der Vorwurf lautete, die spektakuläre Schau würde dem chinesischen Staat dabei helfen, sich in einem freiheitlichen aufklärerischen Licht zu sonnen, während die politische Realität von Menschenrechtsverletzungen, Pressezensur und politischer Verfolgung von Regimekritikern gekennzeichnet sei.²

Im Vorfeld einer Ausstellung zum Thema „Mythos Olympia – Kult und Spiele“ (31. August 2012 bis 7. Januar 2013) im Berliner Martin-Gropius-Bau wurde eine Mediendebatte ausgelöst, als bekannt wurde, dass die Ausstellung inhaltlich neu ausgerichtet werden würde. Das Emirat von Qatar, dessen Hauptstadt Doha sich als Austragungsort für die olympischen Spiele 2020 beworben hatte, war als Geldgeber für das kostspielige Projekt gewonnen worden und hatte die Finanzierungshilfe mit Änderungswünschen am ursprünglichen Ausstellungskonzept verknüpft. Tatsächlich wurde schließlich auf den Ausstellungsteil zu den olympischen Spielen der Neuzeit, der kritische Aspekte wie Doping, Kommerzialisierung, Korruption und Umweltzerstörung enthalten sollte, verzichtet.³

2 Vgl. z.B. „Was Aufklärung in China bedeutet“, FAZ 01.04.2011; „Aufklärung in Marmor“, FAZ 05.04.2011; „Aufklärung als höchste Kunst“, SZ 07.04.2011, <http://sueddeutsche.de/kultur/china-nach-der-festnahme-von-ai-weiwei-wo-aufklaerung-hoehste-kunst-ist-1.1082189>, aufgerufen am 03.04.2013.

3 Vgl. „Die verkaufte Olympia-Ausstellung“, Zeit-Online 14.02.2012, <http://zeit.de/sport/2012-02/gropius-olympia-ausstellung-sievernich>, aufgerufen am 03.04.2013; „Gropius-Museum verzichtet auf das moderne Olympia“, Zeit-Online 10.05.2012, <http://zeit.de/sport/2012-05/gropius-bau-olympia-katar>, aufgerufen am 03.04.2013.

Die Kritik, einer politischen Instrumentalisierung zu dienen, erntete Anfang 2012 auch die Ausstellung „Roads of Arabia“ im Museum für Islamische Kunst in Berlin, wenngleich die öffentliche Diskussion in diesem Fall relativ leise verlief. Am schärfsten kritisiert wurde die „Roads of Arabia“ Ausstellung in der Online-Ausgabe des Berliner Tagesspiegel vom 23. Januar 2012.⁴ In der Printausgabe des Tagesspiegel vom 26. Januar 2012 wurde die Kritik in abgeschwächter Form wiederholt. Das ZDF sendete in der Reihe Aspekte am 27. Januar 2012 einen sehr polemischen Beitrag anlässlich der Ausstellungseröffnung.⁵ Andere Medien, an erster Stelle die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und die Berliner Zeitung, berichteten hingegen begeistert von der Ausstellung, die aufgrund ihrer Qualität und Einmaligkeit über politisch bedingten Zweifeln erhaben sei. Die Anzahl dezidiert kritischer Kommentare blieb somit im Fall von „Roads of Arabia“ vergleichsweise gering.

Wenn repressive Regime ihr schlechtes Image in der eigenen Bevölkerung und im Ausland mithilfe von spektakulären Kulturveranstaltungen aufpolieren wollen, dürfe dies nicht unterstützt werden – so lautet das Hauptargument der Gegner der erwähnten Kooperationen. Auf der anderen Seite weisen die Befürworter der Zusammenarbeit darauf hin, dass geistiger Austausch in der Regel eher einen gesellschaftlichen und politischen Wandel bewirkt als Isolation und Konfrontation. Sie sehen in den Projekten wahlweise Anzeichen einer politischen Öffnung, die es zu fördern gelte, oder politische Bildungsarbeit, die auf die erwünschte Demokratisierung hinwirke.⁶

4 „Wandel durch Annäherung hat schon einmal nicht funktioniert“, Tagesspiegel 23.01.2012, <http://tagesspiegel.de/kultur/ausstellung-roads-to-arabia-wandel-durch-annaerung-hat-schon-einmal-nicht-funktioniert/6095174.html>, aufgerufen am 08.08.2012.

5 Siehe <http://zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1553682/Die-Ausstellung-Roads-of-Arabia#/beitrag/video/1553682/Die-Ausstellung-Roads-of-Arabia>, aufgerufen am 08.08.2012.

6 Neben den bereits erwähnten Beiträgen wird das Für und Wider mit ähnlichen Argumenten beispielsweise in folgenden Zeitungskomentaren erörtert: „Gehen oder bleiben?“, Tagesspiegel 05.04.2011, <http://tagesspiegel.de/kultur/nach-der-verhaftung-von-ai-weiwei-gehen-oder-bleiben/4028250.html>, aufgerufen am 22.04.2013; „Gesicht gewinnen. Der Dialog mit China muss auf Augenhöhe geführt werden, nicht mit Kottau“, Tagesspiegel 15.04.2011, <http://tagesspiegel.de/kultur/gesicht-gewinnen/4067598.html>, aufgerufen am 22.04.2013.

Beide Sichtweisen haben ihre Berechtigung, und die tatsächlichen Auswirkungen der kulturellen Zusammenarbeit lassen sich nicht messen, geschweige denn im Voraus abschätzen. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen, Kuratoren und Ausstellungsorganisatorinnen und -organisatoren stehen darum häufig vor einem Dilemma. Dieser Artikel kann keine pauschale Antwort auf die Eingangsfrage geben und das Dilemma nicht lösen. Der Nutzen einer wissenschaftlichen oder kulturellen Zusammenarbeit mit den Behörden eines autokratisch regierten Staates muss in jedem Einzelfall gegen die Bedenken und Gefahren abgewogen werden. Eine Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten und Interessenkonflikten, die im Zuge der Vorbereitung der Berliner Ausstellung „Roads of Arabia“ auftraten, kann das Bewusstsein für die Probleme einer solchen Kooperation stärken. Da sich der Interessenkonflikt wie so oft erst im Nachhinein klar abzeichnete, richtet sich die Diskussion der involvierten Positionen auf potentielle zukünftige Kooperationen – nicht mit dem Anliegen, vergleichbare Projekte künftig prinzipiell abzulehnen, sondern mit dem Ziel, auf ähnliche Probleme besser vorbereitet zu sein.

Den Vorfall zu dokumentieren erscheint mir notwendig, um die Bedingungen der archäologischen Wissensproduktion und -vermittlung zu reflektieren und offenzulegen. Die Überraschung der Betroffenen – mich selbst inbegriffen – in Anbetracht des zensurischen Eingriffs beruht nicht zuletzt auf einer fehlenden vorangehenden Auseinandersetzung mit den politischen Interessen, die die archäologische Leistungsschau motivierten. Der Artikel soll in Erinnerung rufen, dass auch eine Ausstellung, in der es vordergründig nur um neolithische Speerspitzen, früharabische Inschriften und antike Handelswege zu gehen scheint, eine ausgeprägte politische Dimension besitzt und eindeutige politische Anliegen verfolgen kann.

Der Inhalt des vorliegenden Essays ist selbst ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Positionen zu den Grenzen der Kooperation. Dem Bestreben, einen politischen Eingriff in die freie Wissenschaft – die Zensur eines Beitrags für den Ausstellungskatalog – publik zu machen, stand die berechtigte Sorge um die Fortsetzung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit saudischen Partnern entgegen. Angesichts ohnehin schon schwieriger Einreisebedingungen für Saudi-Arabien (keine Vergabe von Touristenvisa abgesehen von der Pilgerfahrt,

Vergabe von Forschungsvisa nur auf der Grundlage von Einladungen hochrangiger wissenschaftlicher Einrichtungen) kann schnell der wissenschaftliche Austausch auf dem Spiel stehen. Selbst Projekte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die nicht unmittelbar mit dem Vorfall oder der Ausstellung zu tun hatten, sind potentiell gefährdet. Von einem Abbruch dieser Beziehungen und der auf akademischem Austausch basierenden Forschungsprojekte hätte niemand etwas gewonnen.

So habe ich in Absprache mit Autor A. darauf verzichtet, den Vorfall vor oder während der Ausstellung an die Öffentlichkeit zu tragen, um nicht unnötig zu provozieren. Aus demselben Grund sehen wir von einer Veröffentlichung des zensierten Beitrags in dieser Zeitschrift bis auf weiteres ab. Ich bedaure, dass dem Leser/der Leserin dadurch die Möglichkeit verwehrt bleibt, sich ein vollständiges Bild davon zu machen, welche Äußerungen und Formulierungen das Missfallen der saudischen Antikenbehörde erregt haben.

Meine Auslassungen sind nicht als ausgewogene Ausstellungsrezension zu verstehen. Im Schlaglicht der Kritik treten die Probleme in den Vordergrund, während die positiven Aspekte ins Hintertreffen geraten. Viel zu kurz kommt die Anerkennung der Arbeit des Kuratoren-Teams, das eine in jeder Hinsicht ansprechende und beeindruckende Ausstellung organisiert und gestaltet hat. Die vielen kleineren und größeren Schritte, die die saudische Antikenbehörde hinsichtlich der Darstellung der Landesgeschichte im Rahmen der Schau erstmals gewagt hat, werden nur cursorisch erwähnt. Ohne die Verdienste der Ausstellung schmälern zu wollen, werden im Folgenden die unterschiedlichen politischen Facetten des musealen Großereignisses beleuchtet und die damit verbundenen Schwierigkeiten aufgezeigt.

III. Interessen im Konflikt

Die Vorbereitungen zur Berliner „Roads of Arabia“ Ausstellung begannen im Herbst 2010, nachdem der Grundbestandteil der Exponate vom 12. Juli bis 27. September 2010 im Pariser Louvre zu sehen war. Die Ausstellung brach erstmals mit der in Saudi-Arabien gelehrten Unterteilung in ein präislamisches Zeitalter der Dunkelheit und Ignoranz (jahiliyya) und die Zeit seit der Entstehung des Islam, der alles besser werden ließ. Erstmals boten

sich Einblicke in die Einbindung der meist als öde Peripherie behandelten Halbinsel in die überregionalen Handelsnetzwerke und Kulturhorizonte. Auf der Seite des Berliner Museums und seiner Kooperationspartner wurde die Chance gesehen, eine in ihrer Art einmalige Ausstellung nach Berlin zu holen, den wissenschaftlichen Austausch und den im Ausstellungskonzept verankerten Paradigmenwechsel in der offiziellen saudischen Geschichtsschreibung zu fördern und der Öffentlichkeit hierzulande bislang unbekannte Aspekte aus der Geschichte der arabischen Halbinsel zu präsentieren. Die Ausstellung rückte das ferne Land näher an Ägypten, Griechenland, Rom – und somit näher an Europa.

Die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für die Ausstellung im Berliner Museum für Islamische Kunst gestaltete sich als schwierig, da der erhoffte Geldsegen aus der saudischen Staatskasse ausblieb. Mittelfristig drohte das Projekt zu scheitern. Schließlich konnten Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie, diverser privater saudischer und deutscher Sponsoren sowie des saudischen Außenministeriums für die Schau gewonnen werden. Am 25. Januar 2012 fand die Eröffnung statt, nur wenige Monate später als anfänglich geplant. Hinter diesem Gelingen stand der unermüdliche Einsatz der Berliner Museumsleitung sowie saudischer und deutscher Diplomaten. Die politische Bedeutung, die der Ausstellung beigemessen wurde, kann unter anderem an der Schirmherrschaft abgelesen werden, die gemeinsam vom damaligen deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff und dem saudischen König Abdullah bin Abdulaziz übernommen wurde.

Durch die Notwendigkeit, Gelder aus der Privatwirtschaft einwerben zu müssen, traten zu den musealen, bildungspolitischen und kulturdiplomatischen Interessen andere Interessenlagen der Sponsoren hinzu. Dies machte sich in der Planung der Begleitkonferenz mit dem Titel „Roads to Arabia“ bemerkbar. Organisiert vom Berliner Senat, diente die Konferenz zum Thema Infrastruktur mit Panels zur Gesundheitsversorgung und zum Städtebau ausdrücklich dazu, eine Plattform für Berliner Unternehmen und Dienstleistungsanbieter zu schaffen, um nach Möglichkeit lukrative Aufträge im Land des schwarzen Goldes zu erhalten.⁷ Dem Thema

Kulturerbe wurde eine zweistündige Vortrags- und Diskussionsrunde mit geladenen Referentinnen und Referenten gewidmet – bei einer Konferenzlänge von zwei Tagen besaß es nur marginalen Charakter. Die Idee, die Ausstellung zur Verbesserung der Wirtschaftskontakte zu nutzen, existierte nicht allein seitens der deutschen Institutionen. Der Präsident der saudischen Generalbehörde für Tourismus und Altertümer, Prinz Sultan bin Salman bin Abdulaziz Al Saud, wies in seinem Vortrag auf der Eröffnungsfeier wiederholt darauf hin, dass es in Saudi-Arabien, wie die Ausstellung zeige, nicht nur Sand und Erdöl gebe. Es sei aber kein Geheimnis, dass Sand und Erdöl reichlich vorhanden seien. Ein Wink mit dem Zaunpfahl aus dem Land mit dem vielen Geld für die Hauptstadt der Exportnation Deutschland, mit dem der Redner implizierte, dass deutsche Unternehmen und Technologie aus Deutschland beim Ausbau der Infrastruktur in Saudi-Arabien willkommen seien.

Nichts an diesem Geschehen ist ungewöhnlich oder illegitim, weder das Konferenzthema, das, abgesehen vom Titel, kaum etwas mit der Ausstellung zu tun hatte, noch die Nutzung des kulturellen Events für handelsstrategische Werbezwecke. Die Abhängigkeit des Kulturbetriebs von privatwirtschaftlichen Sponsoren erscheint heutzutage wie eine Selbstverständlichkeit. Gerade weil die Verbindung von Kulturveranstaltungen mit Wirtschaftsinteressen in der Regel unhinterfragt akzeptiert wird, lohnt es, daran zu erinnern, dass eine Archäologie-Ausstellung ökonomischen Akteuren – von Unternehmen bis hin zu Volkswirtschaften – eine Bühne zur Profilierung bietet. Es ist nicht gleichgültig, wem auf dieser Bühne ein Platz eingeräumt wird. Die Stabilität des saudischen Regimes hängt, wie häufig festgestellt wird, nicht zuletzt von der wirtschaftlichen Prosperität ab (vgl. z.B. Champion 2003; Hertog 2006, 2010). Bereits seit Ende der 1990er Jahre verfolgt die saudische Regierung erfolgreich den Ausbau des Privatsektors, um das Land aus der Abhängigkeit vom Weltmarktpreis für Erdöl zu befreien (vgl. Fürtig 2007). Die Förderung von Wirtschaftskontakten muss als Teil der politischen Strategie betrachtet werden, den Staat für Zeiten niedriger Erdölpreise bzw. sinkender Erdölreserven krisenfester zu gestalten.

Der Vertrag zwischen den beiden Ausstellungsveranstaltern, dem Museum für Islamische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin und der saudischen Generalbehörde für Tourismus und Altertümer in Riad beinhaltete, dass die Publikation sämtlicher

⁷ Vgl. „Saudis locken den Berliner Mittelstand“, Tagesspiegel 13.03.2012, <http://tagesspiegel.de/wirtschaft/partner-gesucht-saudis-locken-den-berliner-mittelstand/6318962.html>, aufgerufen am 03.04.2013.

Texte, die im Rahmen der Ausstellung zum Zweck der Wissensvermittlung produziert wurden, das Einverständnis beider Vertragspartner benötigt. Dies bezog sich insbesondere auf die Beiträge für den Begleitband und die Erläuterungen auf den Wandtafeln der Ausstellungsräume. In der Umsetzung bedeutete diese Regelung, dass alle Katalog- und Ausstellungstexte in englischer Übersetzung der saudischen Antikenbehörde zur Prüfung vorgelegt werden mussten. Geprüft wurde, so ist aus dem hier geschilderten Vorfall zu schließen, ob die Inhalte im Einklang mit den Interessen des saudischen Staates stehen. Umgekehrt wurden auch die Texte saudischer Autoren den deutschen Mitherausgebern vorgelegt und zum Teil erheblich redigiert.

Man kann den Verantwortlichen in den Staatlichen Museen zu Berlin die Frage stellen, ob die Autorinnen und Autoren auf den vollen Umfang dieser Abmachung hingewiesen wurden bzw. warum diese Bedingung überhaupt akzeptiert wurde. Man kann genauso den Autorinnen und Autoren, die zumindest mündlich, wenngleich eher beiläufig, von der Regelung erfuhren, vorwerfen, sich auf die ausgehandelten Bedingung eingelassen zu haben. Tatsächlich rechnete wohl kaum jemand damit, dass von dem „Zensurrecht“ Gebrauch gemacht werden würde – schließlich ging es vornehmlich um, wie es scheint, politisch unbedenkliche Steinwerkzeuge, antike Inschriften und Karawanenrouten. Außerdem ist es nicht ungewöhnlich, dass dem Mitherausgeber eines Sammelbandes die Textbeiträge vorgelegt werden. Entscheidend ist vielmehr, wie mit dem Mitbestimmungsrecht über die Textauswahl umgegangen wird, das heißt, ob es bei einem formellen Verfahren bleibt oder ob und nach welchen Kriterien in die Aussagen der Texte eingegriffen wird.

Sechs Wochen vor dem Eröffnungstermin und nur wenige Tage vor dem finalen Abgabetermin der Katalogtexte teilte die saudische Antikenbehörde mit, dass der Katalogtext zur jüngeren saudischen Geschichte nicht erscheinen dürfe. Stattdessen sollte ein Aufsatz zum Staatsbildungsprozess aus der Hand eines saudischen Historikers und Leiters einer staatlichen Behörde abgedruckt werden. Der Verfasser/die Verfasserin des betroffenen Textes forderte die saudische Antikenbehörde auf, Änderungsvorschläge anzubieten, um den Artikel gegebenenfalls in modifizierter Form abzdrukken. In der Version des Textes, den der saudische Zensor daraufhin als Kompromiss vorlegte, war kaum ein Satz unverändert ge-

blieben. Ganze Absätze waren gestrichen und sogar ein Zitat aus einer Primärquelle war umgeschrieben worden. Der Zensor rechtfertigte sein Vorgehen gegenüber Autor A. damit, Fehler korrigieren und den Text einem Laienpublikum leichter zugänglich machen zu wollen. Unter diesem Vorwand ersetzte er die Außensicht auf die Geschichte und Gegenwart des Landes durch das offizielle Geschichtsbild der saudischen Monarchen. Der Staatsgründungsprozess wurde im Zuge der Zensur als Wiederherstellung einer natürlichen Ordnung dargestellt, die vorangehenden Kriegszüge Abdulaziz ibn Sauds als unvermeidliches Mittel zur Durchsetzung eines legitimen Zwecks. Einzelheiten gewaltsamer Auseinandersetzungen wurden gestrichen. Der Begriff „schittischer Glaube“ wurde durch „religiöse Neuerungen“ ersetzt – eine für Muslime stark abwertende Bezeichnung, die die Abkehr (bid'a) vom rechten Glauben impliziert. Jegliche im ursprünglichen Text erwähnten Streitigkeiten innerhalb der saudischen Königsfamilie (z.B. der Machtkampf zwischen König Saud bin Abdulaziz und seinem Bruder Faysal) oder Formen von Widerstand der Bevölkerung gegen die saudische Regierung (z.B. die Ermordung von König Faysal im Jahr 1975 oder die Besetzung der Großen Moschee in Mekka durch islamistische Oppositionelle im Jahr 1979) wurden gelöscht.

Für Autor A. kam es nicht in Frage, den eigenen Namen unter die Modifikationen zu setzen. Er/Sie hätte damit die eigene wissenschaftliche Seriosität und Integrität aufs Spiel gesetzt. Der Vorschlag, sowohl den Text von Autor A. als auch den des saudischen Historikers als zwei unterschiedliche Sichtweisen auf die Landesgeschichte im selben Band zu veröffentlichen, wurde von der saudischen Antikenbehörde abgelehnt. Zeit für lange Verhandlungen war nicht vorhanden, so dass die HerausgeberInnen im Berliner Museum sich gezwungen sahen, die Vorgaben zu akzeptieren, um die Veröffentlichung und die Zusammenarbeit nicht zu gefährden. Es steht nicht in meinem Ermessen zu beurteilen, ob der Verhandlungsspielraum vollständig ausgeschöpft wurde. Dieser war sicherlich eingeschränkt durch die berechnete Sorge des Museums für Islamische Kunst, die Veranstaltung könne noch kurzfristig abgesagt werden. Es geschieht in Saudi-Arabien oft, dass von langer Hand geplante Großereignisse kurz vor Veranstaltungsbeginn auf Geheiß der Regierung verhindert werden. So musste zum Beispiel das jährlich stattfindende Jeddah Economic Forum im Jahr 2009 kurzfristig abgesagt werden. Es ist nachvollziehbar,

dass das Museum ein solches Risiko zu diesem Zeitpunkt nicht eingehen wollte.

Spekulationen, ob die Zensur durch ein anderes Vorgehen hätte abgewendet werden können, sind meines Erachtens wenig sinnvoll. Entscheidend sind vielmehr die Implikationen, die sich aus dem Vorfall ergeben, sowie die Frage, was daraus für zukünftige Kooperationen gelernt werden kann. An dieser Anwendung von Zensur wird deutlich, dass Saudi-Arabien mit der Ausstellung mehr als nur Imagepflege im westlichen Ausland betreiben wollte. Ein kritischer Blick auf den Staatsbildungsprozess wurde zugunsten einer Glorifizierung des Staatsgründers und eines Lobliedes auf dessen als Vereinigungsprozess (Al-Simari 2011: 286) beschriebenen Eroberungszug verhindert. Damit verfolgte das Ausstellungsprojekt ein geschichtspolitisches Ziel von hoher Relevanz für die Gegenwart, nämlich die Herrschaftslegitimierung des saudischen Königshauses. Diese zielte zu einem großen Anteil auf ein saudisches Publikum ab, denn im Laufe der Vorbereitungen für die Ausstellung entschied die saudische Antikenbehörde, dass 1000 Exemplare des englischsprachigen Katalogs in Saudi-Arabien verbreitet werden sollten. Vermutlich achteten die Zensoren vor dem Hintergrund dieser Entscheidung besonders sorgfältig auf den Inhalt der Katalogtexte.

Es ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich, warum überhaupt in die Landesgeschichte, die die Ausstellung anhand archäologischer Objekte erzählte, die Familiengeschichte des Herrscherhauses eingeflochten wurde. Das Thema der Staatsgründung fügte sich alles andere als glatt in die Ausstellung. Selbst wenn die ausgestellten Exponate zu diesem Kapitel – Schwert, Mantel und Porträt des Staatsgründers und ersten Königs Abdulaziz ibn Saud sowie eine für die Eroberung des Landes bedeutsame Holztür – als archäologische Objekte bezeichnet werden können, setzten sie keinesfalls die Erzählung von Handelsstraßen, Transportwegen, Pilgerwegen und Pfaden kulturellen Austauschs auf der arabischen Halbinsel fort (zur Bedeutung der genannten Objekte für die offizielle saudische Historiographie siehe al-Rasheed 2004: 189-192). Ohne Zweifel begann mit der Eroberung weiter Teile der Halbinsel durch die Truppen Abdulaziz ibn Sauds ein wichtiger neuer Abschnitt in der Geschichte des Landes. Doch an Stelle einer kritischen Auseinandersetzung mit dieser Geschichte erfolgte die Apotheose des Staatsgründers, dessen Söhne bis heute die Thronfolger stellen. Der

Weg hin zum heutigen Staat, der – wie viele andere Staatsbildungsprozesse – über gewaltsame Konflikte und blutige Auseinandersetzungen führte, wurde ausgeklammert. Die bis in die Gegenwart reichende Herrschaft der saudischen Königsfamilie wurde als selbstverständliche Tatsache dargestellt, die ebenso unwiderruflich erscheinen sollte wie die zivilisationsgeschichtliche Abfolge von der Steinzeit zu den frühen Staatsformen.

Der zensierte Aufsatz endete mit der Frage nach der zukünftigen Herrschaftslegitimität der saudischen Königsfamilie. Autor A. knüpfte diese an die Reformbereitschaft des Regimes:

In terms of foreign policy, the changed situation in the Middle East brought about by the 'Arab spring' also means that Saudi Arabia's role in the region must be readjusted. As such, a decisive factor will be whether Ibn Sa'ud's heirs succeed in continuing the cautious reform process in the coming years and reconciling the conflicting interests.

Dieser Absatz wurde – neben einigen weiteren Passagen – vom Zensor ersatzlos gestrichen. In Anbetracht der politischen Umbrüche in anderen arabischen Ländern – Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien – sieht sich auch das saudische Regime auf dem Prüfstand. Deutlich zeichnete sich die Angst des Herrscherhauses vor einem Übergreifen der arabischen Protestbewegung auf die Bevölkerung im eigenen Land an den Reaktionen auf Demonstrationen im März 2011 ab. Am Freitag, den 11. März, für den landesweite Proteste angekündigt waren, wurden kaum Demonstranten gesichtet, doch der Staat stellte in den Zentren der Großstädte eine massive Polizeipräsenz zur Schau. Das Ausbleiben der Massenproteste hielt König Abdullah nicht davon ab, eine Woche später, am 18. März 2011, in einer Fernsehansprache Gehaltserhöhungen in Milliardenhöhe für alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu versprechen, um Kritik am bestehenden Herrschaftssystem zuvor zu kommen.

Die Regierung Saudi-Arabiens unterbindet nicht erst seit den Revolten in den Nachbarländern öffentliche Äußerungen, die die Legitimität der saudischen Herrschaft in Frage stellen (vgl. Hagmann 2010; Maneval 2010). Repressalien gegen Journalistinnen und Journalisten sorgen für ein hohes Maß an Selbstzensur, Internetseiten mit regierungskritischen Inhalten werden von einer dem Innenministerium unterstellten Zensurbehörde gesperrt (siehe hierzu den Inter-

netauftritt der Zensurbehörde <http://internet.gov.sa/learn-the-web/guides/content-filtering-in-saudi-arabia>). Die Nervosität der saudischen Regierung seit Beginn der arabischen Protestbewegung führte zu einer verstärkten Einschränkung der Meinungsfreiheit. Regimekritiker wurden vermehrt verhaftet, die Ausreisebedingungen für saudische Intellektuelle erschwert und zahlreiche Kulturveranstaltungen der europäischen Auslandsvertretungen in Saudi-Arabien verboten. Möglicherweise wäre der Aufsatz für den Ausstellungskatalog auch vor dem so genannten „Arabischen Frühling“ zensiert worden. Doch die erhöhte Wachsamkeit des Regimes steigerte zumindest die Wahrscheinlichkeit eines derartigen Eingriffs. Indem die saudische Antikenbehörde sich nicht damit begnügte, den Katalogbeitrag aus der Publikation auszuschließen, sondern auf dem Ersatz aus saudischer Feder beharrte, untermauerte sie gezielt den Herrschaftsanspruch des Königshauses.

Diese Feststellung bedeutet nicht, das Vorgehen der saudischen Antikenbehörde sei ein politischer Eingriff in eine politisch neutrale Sphäre objektiver Wissensproduktion gewesen. Der Blick jeder Historikerin und jedes Archäologen auf ihr/sein Untersuchungsmaterial ist geprägt von bestimmten Wertvorstellungen. Die Meinung eines Autors/einer Autorin zu politischen Ereignissen oder historischen Sachverhalten fließt unweigerlich auf mehr oder weniger offensichtliche Weise in die Textproduktion ein. Der ursprünglich vorgesehene Beitrag war nicht weniger politisch als der abgedruckte Aufsatz des saudischen Historikers. Das geht eindeutig aus den wenigen zitierten Zeilen hervor. Als Prognose formuliert, lässt sich aus der Einschätzung zur zukünftigen Stellung Saudi-Arabiens im Nahen Osten unmissverständlich die Forderung nach politischen Reformen herauslesen. Selbst die Tatsache, dass die Zensoren keinen anderen eingereichten Aufsatz beanstandeten, bedeutet nicht, dass die Behandlung antiker Perioden und Objekte keine politische Dimension besitze. Im Gegenteil stellt der Umgang mit der präislamischen Geschichte beziehungsweise mit der Zeit vor der Gründung des saudischen Königreichs im Rahmen der Ausstellung einen signifikanten geschichtspolitischen Wandel dar. Wie die Historikerin Madawi al-Rasheed (2004: 184) in ihrem Aufsatz zur Historiographie in Saudi-Arabien gezeigt hat, vermittelte die offizielle saudische Geschichtsschreibung bislang ausnahmslos das Bild, dass vor der Staatsgründung durch Abdulaziz ibn Saud Chaos und Ignoranz im Land geherrscht hätten – analog zur Zeit vor der

Gründung des Islam durch den Propheten Muhammad (vgl. auch Straßmaier 2012: 56 f.). Die prächtigen Exponate der Ausstellung und die publizierten Texte unterstützten diese Sichtweise in keiner Weise, sondern gestatteten einen anderen Blick auf diese Epochen. Der tolerantere Umgang mit diesen Kapitelen in der Geschichte der arabischen Halbinsel ist ebenso als politisches Signal zu verstehen wie der zensorische Eingriff. In Hinblick auf die entferntere Vergangenheit ließ der saudische Staat erstmals ein pluralistisches Geschichtsbild zu – was die Herrscherdynastie der Al Saud betrifft, ist dies weiterhin Tabu.

Das Problem des Vorfalles besteht folglich nicht darin, dass ein politisch neutraler Artikel gegen einen tendenziösen ausgetauscht wurde, sondern dass die Zensur die freie Meinungsäußerung verhinderte und die Behörde eines autoritären Staates ihre Macht dazu nutzte, durch eine Selektion von Informationen die Meinungsbildung über ebendiesen Staat im In- und Ausland zu beeinflussen. Das Erscheinen des Ersatz-Artikels in einer wissenschaftlichen Publikation im westlichen Ausland, herausgegeben von einer international renommierten Institution wie den Staatlichen Museen zu Berlin, steigerte die Glaubwürdigkeit dieser selektiven Darstellung der Landesgeschichte (von ähnlichen Fällen berichtet al-Rasheed 2004: 192). Die Selbstdarstellung der Autokraten erhielt einen seriösen wissenschaftlichen Anstrich.

IV. Fazit

Es ist deutlich geworden, dass das Zustandekommen und die Vermittlung von Inhalten der Berliner „Roads of Arabia“ Ausstellung bei Weitem nicht nur von musealen und wissenschaftlichen Interessen geleitet waren. Als Beispiel für eine Verknüpfung des kulturellen Ereignisses mit anderen Zwecken wurde die Verfolgung markt- und volkswirtschaftlicher Interessen angesprochen, die sich bei der Eröffnungsfeier und der Begleitkonferenz abzeichnete. Wenngleich die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Sponsoren zum Alltag des Kulturbetriebs gehört und die angeführten Beispiele alles andere als außergewöhnlich sind, ist es wichtig, diese Verflechtung zu reflektieren. Denn die Pflege von Wirtschaftskontakten dient der ökonomischen Stabilität, und diese gilt – sicherlich nicht nur im Fall von Saudi-Arabien

– als wichtiger Pfeiler für die Regimestabilität (vgl. u.a. Champion 2003; Perthes/Glosemeyer 2003; Hertog 2006, 2010).

Durch die Zensur des Katalogbeitrags traten die politischen Ziele, die der saudische Staat mit der Ausstellung verfolgte, offen zu Tage. Es reicht meiner Meinung nach nicht aus, den Vorfall als Verhinderung einer kritischen Sichtweise auf die Landesgeschichte zu bewerten. Der Austausch des zensierten Artikels durch einen regierungskonformen Text sowie der Themenraum zum Staatsgründer Abdulaziz ibn Saud zeugen von der Absicht, mithilfe einer ausschnitthaften Darstellung der saudischen Vergangenheit die Machtverhältnisse in der Gegenwart zu legitimieren und zu zementieren. Das kann und darf kein wissenschaftlicher Anspruch sein.

Das Problem bei der Zensur des Katalogbeitrags besteht meiner Meinung nach nicht darin, dass ein wissenschaftlicher Aufsatz gegen einen politischen ausgetauscht wurde. Es gibt keine politisch neutrale Geschichtsschreibung beziehungsweise Archäologie. Das Problem besteht in der Verhinderung einer politischen Meinungsäußerung und im Ausschluss von bestimmten Informationen aus der Publikation – Informationen, die dazu geeignet erschienen, die Legitimität der saudischen Monarchie in Frage zu stellen.

Es ist mir wichtig zu betonen, dass der vorliegende Essay nicht als einseitiges Plädoyer gegen die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit autoritären Staaten wie Saudi-Arabien zu lesen ist. Die Legitimität einer Kooperation muss einerseits bemessen werden an den Möglichkeiten, die bestehenden Grenzen dessen, was gesagt werden darf, auszuweiten und andererseits am Beitrag des Projekts zur Festigung der existierenden Machtverhältnisse. Dass sich ein autoritäres Regime, das seinen Machtanspruch in Frage gestellt sieht, mitunter durch die Ausweitung der Grenzen der Äußerungsfreiheit höhere Überlebenschancen erhofft, gestaltet die Einschätzung der progressiven Wirkung einer Kulturveranstaltung nicht gerade einfacher. Das Spannungsfeld zwischen Machterhalt und Regimeveränderung, in dem sich die Ausstellung „Roads of Arabia“ bewegte, verschob sich im Laufe der Vorbereitungen gravierend. Indem der saudische Mitherausgeber kurz vor Redaktionsschluss sein Recht auf Mitbestimmung über den Kataloginhalt dazu nutzte, einen Beitrag aus offenkundig politischen Gründen zu verhindern bzw. durch einen propagandistischen Text zu erset-

zen, bekam der Faktor der Herrschaftslegitimierung plötzlich unerwünschtes Gewicht.

So lautet eine Schlussfolgerung, die aus dem Vorfall zu ziehen ist, dass eine unvorhergesehene Verschiebung der Parameter bei der Gratwanderung der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit autoritären Staaten eine besonders hohe politische Brisanz besitzt. Der systemreformierende Aspekt, der die Kooperation rechtfertigt, kann schnell vom Zweck des Machterhalts überschattet werden, wenn im Verlauf der Zusammenarbeit eine unerwartete Wendung eintritt.

Wie können sich Forschungs- und Kulturinstitutionen auf unvorhersehbare Änderungen der Bedingungen vorbereiten, ohne von Grund auf jede Kooperation mit Institutionen autoritärer Staaten abzulehnen? Wie sind die Grenzen der Abhängigkeit, die jede Zusammenarbeit dieser Art mit sich führt, zu bestimmen? Derzeit liegt die Beurteilung, welche Kompromisse vertretbar sind, in den Händen individueller Entscheidungsträger: Beim Führungspersonal von Forschungseinrichtungen und kulturellen Institutionen, bei Projektleiterinnen, einzelnen Wissenschaftlern und Mitgliedern von Forschungsgruppen. In dieser Situation erscheint es angebracht, sich auf institutioneller Ebene über die publikations- und forschungsethischen Bedingungen solcher Kooperationen zu verständigen. Es ist wünschenswert, dass ein Erfahrungsaustausch zwischen betroffenen Kultur- und Forschungseinrichtungen und WissenschaftlerInnen initiiert wird, um die Notwendigkeit und die Möglichkeiten zu erörtern, der Kompromissbereitschaft gegenüber den Behörden eines autoritären Staates Grenzen zu setzen. Idealerweise würde aus einem solchen Austausch ein öffentlich zugängliches Richtlinienpapier oder eine Selbstverpflichtungserklärung hervorgehen. Richtlinien dieser Art würden den betroffenen Einrichtungen, Wissenschaftlerinnen und anderen Verantwortlichen nicht nur helfen, Entscheidungen zu treffen und öffentlich zu rechtfertigen, sondern auch in Verhandlungen mit ausländischen Kooperationspartnern Rückhalt verschaffen. Die Chancen, einen unerwünschten politischen Eingriff in den Inhalt einer Gemeinschaftspublikation verhindern zu können, würden steigen durch den Verweis auf ein Richtlinienwerk, das die Zustimmung hierzu untersagt.

Danksagung

Ich danke Stephan Frielinghaus, Lars Ostermeier und Benedikt Ponzen für ihre Unterstützung und ihre kritischen Kommentare.

Literatur

- Champion, Daryl. 2003. *The Paradoxical Kingdom. Saudi Arabia and the Momentum of Reform*. New York: Columbia University Press.
- Commins, David. 2006. *The Wahhabi Mission and Saudi Arabia*. London/New York: I.B. Tauris.
- Franke, Ute, Ali Al-Ghabban, Joachim Gierlichs und Stefan Weber, Hrsg. 2011. *Roads of Arabia: Archäologische Schätze aus Saudi-Arabien*. Tübingen: Wasmuth Verlag.
- Fürtig, Henner. 2007. Reformkampagne in Saudi-Arabien: Brise oder Sturm? GIGA-Focus Nahost 11.
- Al-Ghabban, Ali Ibrahim, Béatrice André-Salvini, Françoise Demange, Carine Juvin und Marianne Cotty, Hrsg. 2010. *Roads of Arabia: Archaeology and History of the Kingdom of Saudi Arabia*. Paris: Somogy éditions d'art.
- Hagmann, Jannis. 2010. Medienkontrolle durch Medienbesitz? Presse, Rundfunk und Internet in Saudi. In Ulrike Freitag, Hrsg.: *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 107-134.
- Hertog, Steffen. 2006. Modernizing without Democratizing? The Introduction of Formal Politics in Saudi Arabia. *Internationale Politik und Gesellschaft* 3: 65-78.
- Hertog, Steffen. 2010. *Princes, Brokers, and Bureaucrats: Oil and the State in Saudi Arabia*. Ithaca: Cornell University Press.
- Ibrahim, Fouad. 2006. *The Shi'is of Saudi Arabia*. London: Saqi Books.
- Maneval, Stefan. 2010. Die liberale Reformbewegung in Saudi-Arabien. Analyse und Übersetzung der Reformpetition vom 2. Februar 2007. In Ulrike Freitag, Hrsg.: *Saudi-Arabien. Ein Königreich im Wandel?* Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 61-87.
- Perthes, Volker und Iris Glosemeyer. 2003. Reformen gegen den Terror? Bestandsaufnahme in Saudi-Arabien. *SWP-Aktuell* 48.
- al-Rasheed, Madawi. 2002. *A History of Saudi Arabia*. Cambridge: Cambridge University Press.
- al-Rasheed, Madawi. 2004. The Capture of Riyadh Revisited: Shaping Historical Imagination in Saudi Arabia. In Madawi al-Rasheed und Robert Vitalis, Hrsg.: *Counter-narratives: History, Contemporary Society, and Politics in Saudi Arabia and Yemen*. New York: Palgrave Macmillan, S. 183-200.
- Al-Simari, Fahd A. 2011. Die Anfänge des Königreiches Saudi-Arabien. In Ute Franke et al., Hrsg. S. 282-287.
- Steinberg, Guido. 2002. *Religion und Staat in Saudi-Arabien: Eine Sozialgeschichte der wahhabitischen Gelehrten 1912-1953*. Würzburg: Ergon Verlag.
- Steinberg, Guido. 2004. *Saudi-Arabien: Politik, Geschichte, Religion*. München: C.H. Beck Verlag.
- Straßmaier, Christine. 2012. Die Macht des Wortes. Der Kampf der Saud-Familie um Legitimität. *INAMO* 72: 55-59.
- Vassiliev, Alexei. 2000. *The History of Saudi Arabia*. London: Saqi Books.